

### Putins diesjähriger „direkter Draht“

Nach einjähriger Pause führte der russische Präsident Wladimir Putin wieder seinen „direkten Draht“ – die Fragemöglichkeit der Bevölkerung – am 14. Dezember 2023 durch, diesmal auch als Pressekonferenz mit ausgewählten Journalisten im Gostiny Dwor (alte Markthalle) in Moskau, die im Fernsehen live übertragen wurde<sup>1</sup>. Es waren 2.100.000 Fragen eingereicht worden, zu deren Sammlung in diesem Jahr die „Allrussischen Volksfront“, die Massenorganisation der Machtpartei „Einiges Russland“, mit einbezogen worden war. Putin antwortete vier Stunden und vierzig Minuten lang – etwas kürzer als in früheren Jahren – auf die „hellsten, interessantesten und relevantesten Fragen“, insgesamt auf 70, zu allen möglichen Themen (Wohnung, Verkehr, Medikamentenversorgung, Eierpreise, patriotische Erziehung der Schüler, Migration, Gaspipelines, Landwirtschaft, Regionalpolitik usw.). Das Hauptthema war die „Spezialoperation“, also der russische Angriffskrieg auf die Ukraine („Zahlungen, Zertifikate, Lieferungen“). Es wurde versichert, dass alle Fragen gelesen und innerhalb eines Jahres beantwortet werden; man konnte ebenso E-Mails schicken, die dann auf einem großen Bildschirm eingeblendet wurden. Dort war die Aufforderung zu lesen, Putin solle auf eine erneute Präsidentschaftskandidatur verzichten: „Machen Sie Platz für Jüngere.“ Es gab auch Videoschaltungen zu Fragenden in verschiedenen Teilen der riesigen Russischen Föderation.

In seiner kurzen Einleitung führte Putin aus, dass das russische Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 3,5 Prozent wachsen werde (wohl auf den massiven Ausbau der Rüstungsindustrie zurückzuführen.E.S.), die Inflation werde sich auf 7,5 % belaufen, die Arbeitslosenquote betrage 3 Prozent, die Staatsverschuldung sei auf 32 Milliarden US-Dollar gesunken, die private Auslandsverschuldung der Unternehmen belaufe sich auf 297 Milliarden US-Dollar, die Lebenserwartung Ende dieses Jahres werde voraussichtlich 74 Jahre betragen.

Der Präsident führte zum Krieg aus, dass es Frieden geben werde, wenn die Ziele erreicht seien: „Entnazifizierung der Ukraine, Entmilitarisierung und ihr neutraler Status“. Als Beleg für den nazistischen Charakter der Ukraine führte Putin das Beispiel von Stepan Bandera an, der von Kiew in den Rang eines Nationalhelden erhoben worden sei, der aber als SS-Soldat am Holocaust beteiligt gewesen sei.

Bandera war ein nationalistischer ukrainischer Politiker, der zu Beginn des Zweiten Weltkrieges mit der deutschen Wehrmacht zusammengearbeitet hatte, der aber 1941 von der deutschen Gestapo verhaftet und in das KZ Sachsenhausen gebracht worden war, weil er sich geweigert hatte, die Ausrufung eines unabhängigen Staates Ukraine zurückzunehmen. 1959 wurde er in München von einem KGB-Agenten ermordet. Putin wirft der Ukraine Nazismus vor, dessen Präsident Wolodymyr Selenskyj Jude ist und der seine Urgroßeltern im Holocaust verloren hat (!).

Zum Kriegsziel „Entmilitarisierung“ führte Putin aus, dass die russische Armee in der Ukraine 747 Panzer (Stand 13.12.2023) und 2300 gepanzerte Fahrzeuge vernichtet habe; über russische Verluste machte er natürlich keine Angaben. Nach amerikanischen Angaben (Stand 14.11.2023) ist die Zahl von 315.000 getöteten oder verwundeten russischen Soldaten in der Ukraine weit höher als die, welche die Sowjetunion in zehn Jahren Krieg in Afghanistan erlitten hatte<sup>2</sup>. Der britische Staatsminister für Streitkräfte, James Heapey, schätzte am 15. November 2023, dass seit Beginn des Krieges 7117 russische gepanzerte Fahrzeuge, darunter 2475 Kampfpanzer, 93 Flugzeuge, 132 Hubschrauber, 320 unbenannte Luftfahrzeuge, 16 Marineschiffe aller Klassen und über 1300 Artilleriesysteme aller Typen von den ukrainischen Streitkräften zerstört worden sind<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> <http://kremlin.ru/events/president/news/72994>

<sup>2</sup> <https://www.rferl.org/a/putin-q-and-a-takeaways-ukraine-war-eggs/32731090.html>

<sup>3</sup> <https://www.merkur.de/politik/russlands-verluste-ukraine-krieg-london-soldaten-panzer-russland-kampfjets-drohnen-92675261.html>

Mit Blick auf die Präsidentenwahl vom 15. bis 17. März 2024 wollte Putin keine neue Mobilisierung ausrufen, weil diese im vergangenen September zutiefst unpopulär war, die russische Gesellschaft erschütterte und zum Exodus von Hunderttausenden von Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter führte. Es ist nicht ausgeschlossen, dass nach der Wahl doch eine Mobilisierung erfolgen könnte. Doch vorerst begnügte sich Putin, wie er ausführte, mit der Rekrutierung von Zeitsoldaten, am 13. Dezember seien es 486.000 gewesen. "Zusammen mit den Freiwilligen handelt es sich also nur um eine bedingte Aufteilung; der Vertrag wird für zwei oder drei Jahre unterzeichnet, und die sogenannten Freiwilligen sind zwar alle Helden und Krieger des Vaterlandes, aber insgesamt werden es bis Ende des Jahres etwa eine halbe Million Menschen sein." An der „zweitausend Kilometer langen Kontaktlinie“ in der Ukraine befänden sich „617.000 Menschen“.

Putin erklärte, dass „Russen und Ukrainer trotz aller Tragödien, die sich abspielen, im Kern ein einziges Volk“ seien. Der gesamte Südosten der Ukraine sei schon immer pro-russisch gewesen. Was habe die Ukraine damit zu tun? „Weder die Krim noch die gesamte Schwarzmeerregion haben etwas damit zu tun. Odessa ist im Allgemeinen eine russische Stadt.“ Es sei Lenin gewesen, der während der Gründung der Sowjetunion alles an die Ukraine übertragen habe.

Bald nach seiner Wahl zum ukrainischen Präsidenten hatte Viktor Janukowitsch 2010 von der Werchona Rada, dem ukrainischen Parlament, die außen- und sicherheitspolitischen Richtlinien verabschieden lassen, in denen die europäische Orientierung und die militärpolitische Neutralität der Ukraine festgelegt war. Als sich Janukowitsch am 21. November 2013 infolge russischen Drucks auf der EU-Ratskonferenz in Wilnius weigerte, das sechs Jahre lang ausgehandelte Assoziierungs- und Freihandelsabkommen der Ukraine mit der Europäischen Union zu unterzeichnen, kam es in Kiew und in der gesamten Ukraine zu spontanen Massenprotesten, die bis zum 21. Februar 2014 anhielten.

Putin behauptete, dass zwei Tage nach der Vereinbarung zwischen dem damaligen pro-russischen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und der Opposition im Februar 2014 ein Staatsstreich durchgeführt worden sei. Dabei unterschlug er, dass die damalige ukrainische Machtpartei, die „Partei der Regionen“, es abgelehnt hatte, sich an der neuen Regierung, welche die „Werchowna Rada“ am 21. Februar 2014 gebildet hatte, zu beteiligen, und dass Janukowitsch noch an demselben Tag aus der Ukraine geflohen war.

Putin warf Kiew vor, das Minsker Abkommen vom 15. Februar 2015, die Vereinbarung zwischen Russland, der Ukraine, Deutschland und Frankreich, nicht beachtet zu haben. Im Februar 2014 hatten ehemalige Janukowitsch-Leute unter Anleitung von russischen Geheimdienstlern versucht, die Gebiete Donezk und Luhansk in ihre Hand zu bekommen. Kiew versuchte dies zu verhindern unter Einsatz seiner schwachen Armee gegen die von Russland militärisch und soldatisch massiv unterstützten Separatisten. Das Minsker Abkommen, das damals unter großem Zeitdruck in einer sehr langen Nachtsitzung zustande gekommen war, war in vielen Punkten widersprüchlich bzw. nicht konkret genug gefasst. Bundeskanzlerin Angela Merkel befürchtete offensichtlich damals schon, dass Putin die Ukraine militärisch angreifen könnte. Die Werchowna Rada verabschiedete eine Reihe von Gesetzen, die den vereinbarten Sonderstatus der Gebiete Donezk und Luhansk regelten. Der Hauptstreitpunkt war die Frage, ob vor den Wahlen zu den regionalen Spitzenämtern die Grenze der Ukraine zu Russland vorher geschlossen sein muss (ukrainische Position) oder umgekehrt (russische Position).

Putin anerkannte zwar, dass die „Vereinigten Staaten ein wichtiges und notwendiges Land für die Welt“ seien. „Aber diese absolut imperiale Politik behindert sie, nicht einmal uns – sie behindert sie.“

Putin führte beim Thema China aus, dass der Außenhandel mit China in diesem Jahr das Volumen von 200 Mrd. US-Dollar erreichen werde. Der russische Export werde in diesem Jahr zu 40 Prozent in Rubel abgewickelt, zu 33 Prozent in Yuan und nur zu 24 Prozent in US-Dollar und Euro.

In der „Chronik 11“ von Alexej Minjajlo, einem krenlkritischen russischen Aktivisten, wird das Ergebnis einer telefonischen Umfrage vom 17. bis 22. Oktober 2023 wiedergegeben, deren Stichprobe

1.199 Russen umfasste, die nach sozio-demographischen und territorialen Merkmalen nach ROSSTAT, der russischen Statistikbehörde, verteilt waren<sup>4</sup>:

- Die pro-militärischen Russen sind in der Minderheit, und es gibt deutlich weniger von ihnen als Gegner der Fortsetzung des Krieges.
- Die Unterstützung des Krieges im Jahr 2023 hat sich fast halbiert und liegt bei 12 % (im Februar 2023 waren es 22 %).
- 44 % der Befragten berichten von einem Rückgang des Familieneinkommens. 20 % gaben an, dass für sie wichtige Arzneimittel aus dem Verkauf verschwunden sind (im Oktober 2022 waren es 16 %). Nur 5 % der Russen erwarten, dass sich ihre Situation aufgrund der höheren Ausgaben für das Militär verbessern wird.
- 52 % der Russen haben in letzter Zeit Angstattacken oder Depressionen erlebt. Je niedriger die Menschen ihren finanziellen Status einschätzen, desto häufiger berichten sie von Angstzuständen oder Depressionen.

Zum ersten Mal würde Putins Entscheidung, die Truppen abzuziehen, ohne die Ziele der „Spezialoperation“ erreicht zu haben, von mehr Russen unterstützt als von Nicht-Befürwortern: 40 Prozent gegenüber 33 Prozent.